

Thüringer Landesverwaltungsamt

- zuständige Stelle nach § 73 BBiG -

Seitenzahl

5
(mit Deckblatt)

Kennziffer

Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf „Fachangestellter für Bürokommunikation“

am 25. Mai 2011

2. Prüfungsarbeit:

Verwaltung

Teil I: Personalwesen 60 %

(Aufgaben 1- 2)

Teil II: Finanzwesen (staatlich) 40 %

(Aufgaben 3- 5)

Finanzwesen (kommunal) 40 %

(Aufgaben 3- 5)

Prüfungszeit:

90 Minuten

Hilfsmittel:

74. Ergänzungslieferung VSV

Anzahl der ausgegebenen Blätter zur
Beantwortung der Fragen:

3

Zeitpunkt der Abgabe:

Teil II	Erreichbare Punkte
☐ Finanzwesen (kommunal)*	40
☐ Finanzwesen (staatlich)**	40

Aufgaben (Nummerierung)	Erreichbare Punktzahl	Erreichte Punkte
1	40	
2	20	
3	10* / 12 **	
4	10	
5	20* / 18 **	
gesamt:	100	

Bitte beachten Sie vor der Lösung der Prüfungsaufgaben folgende Hinweise!

Die Prüfung besteht aus zwei Prüfungsteilen:

Teil I: Personalwesen

Teil II: Finanzwesen

Die Aufgaben im Teil I sind vollständig zu bearbeiten!

Im Teil II der schriftlichen Prüfung können Sie zwischen kommunalem und staatlichem Finanzwesen wählen.

Kreuzen Sie das ausgewählte Fachgebiet auf dem Deckblatt an!

Prüfen Sie bitte, ob Ihnen die Prüfungsaufgaben vollständig vorliegen! Fehlende Seiten oder Aufgaben reklamieren Sie bei der Aufsicht! Reklamationen nach Abschluss der Prüfung können nicht anerkannt werden.

Begründen Sie Ihre Antworten immer unter Angabe der zutreffenden Rechtsgrundlage/en.

Teil I Personalwesen

Tarifrecht

Aufgabe 1:

40 Punkte

Zu Ihnen kommt Frau Ina Hoffmann. Sie absolviert in der Thüringer Staatskanzlei eine Ausbildung zur Fachangestellten für Bürokommunikation und wird diese am 31.08.2011 beenden.

Laut dem Stellenplan für 2011 kann die Behörde eine Auszubildende übernehmen. Für den Fall des erfolgreichen Bestehens der Abschlussprüfung wird ihr die Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis in Aussicht gestellt.

- 1.1 Prüfen und begründen Sie, ob Frau Hoffmann in dieser Behörde eine Probezeit absolvieren muss.

4 Punkte

- 1.2 Frau Hoffmann fragt, ob ihre Ausbildungszeit in der Behörde als Beschäftigungszeit angerechnet wird.

6 Punkte

- 1.3 Frau Hoffmann hat erfahren, dass Beschäftigte mit ihrer Ausbildung der Entgeltgruppe 5 zugeordnet werden. Erläutern Sie ihr, wie das monatliche Entgelt festgelegt wird und wann sie die nächste Stufe erhalten kann.

10 Punkte

- 1.4 Acht Wochen nach der Übernahme als Angestellte erkrankt Frau Hoffmann an einer Grippeinfektion und wird voraussichtlich 7 Wochen arbeitsunfähig sein. Welche finanziellen Leistungen erhält sie während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit vom Arbeitgeber? Erläutern Sie die Voraussetzungen für den Erhalt der Leistungen sowie die Höhe der Leistungen!

12 Punkte

- 1.5 Frau Hoffmann möchte einen Vertrag über vermögenswirksame Leistungen abschließen. Erläutern Sie ihr den tariflichen Anspruch auf diese Leistung einschließlich der Voraussetzung.

8 Punkte

Beamtenrecht

Aufgabe 2:

20 Punkte

Herr Müller hat eine Laufbahnausbildung am 31.07.2008 im mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst beendet.

Er wurde am 01.08.2008 vom Landesverwaltungsamt in das Beamtenverhältnis auf Probe eingestellt.

Er ist verheiratet und seine Frau ist nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt. Sie haben ein Kind, für das Herr Müller das Kindergeld bezieht.

Herr Müller befindet sich noch im Eingangsamt seiner Laufbahn.

Berechnen Sie die Besoldung für den Monat Februar 2011!

Teil II Finanzwesen (staatlich)

Aufgabe 3:

10 Punkte

In den letzten Monaten wurde in der Tagespresse häufig über den Finanzausgleich geschrieben.

Erläutern Sie die zwei Arten des Finanzausgleichs, nennen Sie die Rechtsgrundlage sowie je einen Vor- und Nachteil des Finanzausgleichs!

Aufgabe 4:

10 Punkte

Die Landesregierung plant den Neubau eines Verwaltungsgebäudes. Der geplante Bau start ist 2012, die Bauzeit soll drei Jahre betragen. Der Mitarbeiter der Finanzverwaltung meint, dass das gesamte Bauvolumen in Höhe von 3,5 Millionen Euro in den Haushaltsplan 2012 eingestellt werden soll.

Nehmen Sie zu der Aussage Stellung und erläutern Sie dabei den zutreffenden Haushaltsgrundsatz!

Aufgabe 5:

20 Punkte

Der Fahrplan für den Thüringer Haushaltsentwurf 2012 sieht unter anderem folgende Schritte vor:

- a) Übersendung der Voranschläge für 2012
- b) Abstimmungen über eventuelle Änderungen
- c) Beratung zum Haushaltsplan
- d) Abstimmung zum Entwurf des Haushaltsplanes
- e) Zuleitung des Haushaltsentwurfes an den Landtag
- f) Verabschiedung des Haushaltsgesetzes

5.1 Nennen Sie die Zuständigkeiten für die genannten Arbeitsschritte.

5.2 Erläutern Sie die zwei Arbeitsschritte, die nach der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes noch durchgeführt werden müssen!

5.3 Nennen Sie die Rechtsgrundlage für das Zustandekommen des Haushaltsgesetzes!

Teil II Finanzwesen (kommunal)

Aufgabe 3:

12 Punkte

In der Presse wird regelmäßig durch die kommunalen Spitzenverbände sowie die Vertreter verschiedener Kommunen kritisiert, dass die vom Freistaat Thüringen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ausgereichten Mittel unzureichend seien.

3.1 Erläutern Sie, woraus sich der Anspruch der Kommunen auf Geldleistungen vom Land überhaupt ableiten lässt!

6 Punkte

3.2 Nennen Sie - unter Angabe der jeweiligen Rechtsgrundlage - drei Geldleistungen, die den Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gewährt werden!

6 Punkte

Aufgabe 4:

10 Punkte

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, Verpflichtungsermächtigungen und Kassenkredite werden als genehmigungspflichtige Bestandteile im Rahmen der Haushaltssatzung bezeichnet.

Benennen Sie unter Bezugnahme auf die rechtlichen Bestimmungen die Voraussetzungen, unter denen diese Bestandteile genehmigungspflichtig sind! Wer entscheidet über die Genehmigung?

Aufgabe 5:

18 Punkte

Die Gemeinde Haushaltsloch beabsichtigt, im Haushalt 2011 die folgenden Maßnahmen zu planen:

- a) Für die Erschließung eines neuen Gewerbegebietes sollen insgesamt Grundflächen für 60.000 EUR erworben werden. Gleichzeitig ist der Verkauf von Gartengrundstücken für 12.000 EUR geplant. Die Gemeinde veranschlagt daher 48.000 EUR für Grunderwerb.
- b) In den Jahren 2011/ 2012 soll ein neuer Kindergarten gebaut werden. Da die Aufträge bereits in 2011 komplett vergeben werden sollen und die Mittel kraft Gesetzes übertragbar sind, wird der Gesamtausgabebedarf von 220.000 EUR in 2011 komplett veranschlagt.

Prüfen Sie, ob die vorstehenden Maßnahmen unter Beachtung der einschlägigen Haushaltsgrundsätze rechtmäßig sind!